



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/148 - 3. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Schwarzer Dienstag im Parlament	S. 1
Von der Tagung der Internationale (II)	S. 3
Bonner Querschüsse in London?	S. 4
Grossindustrielle Intervention beim Atomgesetz	S. 6
Zur Verabschiedung des vierten Kindergeldgesetzes	S. 7
Gemeinsamer Markt - Ratifizierung in Bonn und in Paris	S. 8

"...zu friedlichen Zwecken"

FB. Es hat am Dienstag sechs Stunden gedauert, ehe die Sprachregelung der CDU/CSU endgültig war, die begründen sollte, warum die Partei des Kanzlers die Grundgesetzergänzung zu Fall gebracht hat, wonach in der Bundesrepublik die "Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken" in die Bundeskompetenz aufgenommen werden sollte. Nach den Verlegenheitsklärungen von Dr. Krone im Bundestag vernahm man dann erst in den Abendstunden offiziell, dass der Bundeskanzler der Auffassung sei, durch die Einfügung der Worte "zu friedlichen Zwecken" könne der Gebrauch von Atomwaffen durch NATO-Truppen in der Bundesrepublik abgelehnt und die Verwendung von Atomwaffen bei der Bundeswehr bereits jetzt negativ festgelegt werden.

Es ist nötig, auf dieses Argument einzugehen, um die furchtbaren Konsequenzen, die in dem Beschluss des gestrigen Tages liegen, klar zu sehen. Die Frage, ob die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll oder ob die NATO-Truppen hier Atomwaffen lagern, ist eine politische Frage, die nicht durch das Grundgesetz entschieden wird. Die SPD weicht mit dieser Stellungnahme kein Jota von ihrer Haltung ab, dass eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verhängnisvolle Konsequenzen für die Wiedervereinigung und für die Sicherheit des deutschen Volkes haben muss. Die SPD lehnt sie daher ab. Für sie gilt auch nach wie vor die Auffassung, dass über die Stationierung von Atomwaffen Verhandlungen zwischen den beiden Grossmächten mit dem Ziel geführt werden sollten, beiderseitig auf deutschem Boden keine atomaren Waffen zu lagern.

Aber das sind Probleme, die im politischen Raume und nicht über -2-

eine Grundgesetzergänzung entschieden werden können. Bei den interfraktionellen Verhandlungen ist auch weder von Seiten der CDU noch der Bundesregierung jemals dieses Argument ins Spiel gebracht worden. Selbst wenn es erst später aufgetaucht sein sollte, hätte man jederzeit noch die Möglichkeit gehabt, dieses Problem zu klären.

Man soll alle diese konstruierten Begründungen beiseiteschieben und mit schlichten Worten die Wahrheit verkünden, die noch viel furchtbarer ist, als die Möglichkeit der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Kernbrennstoff kann nun einmal durch wenige Veränderungen im Produktionsprozess entweder in elektrischen Strom oder in Material für Atomwaffen umgewandelt werden. Diese Erkenntnis dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die SPD so grossen Wert auf den Zusatz in der Grundgesetzergänzung legte, dass die Kernenergie in der Bundesrepublik nur zu friedlichen Zwecken verwandt werden darf. Der Bundeskanzler hat diese Grundgesetzergänzung zu Fall gebracht. Er brachte sie zu Fall, weil er sich den Weg dafür offenhalten wollte, eines Tages auch in der Bundesrepublik atomare Waffen herzustellen. Das und nichts anderes ist das wahre Motiv für das Eingreifen des Bundeskanzlers. Der Hinweis auf die Pariser Verträge, in denen die Bundesregierung sich verpflichtet hat, keine ABC-Waffen herzustellen, nützt gar nichts, denn Verträge können mit einfacheren Mehrheiten oder durch das Gewicht von Tatsachen verändert werden. Die einzige solide Barriere dagegen, dass Dr. Adenauer auch auf dem Gebiete der Produktion von atomaren Waffen nicht zum politischen Abenteuerer wird, hätte also das Grundgesetz geboten. Diese Barriere aber wollte Adenauer nicht, das ist der entscheidende Punkt.

Diese Politik Adenauer's ist ein lebensgefährlicher Anschlag auf den Frieden und errichtet neue schwere Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands. Ganz abgesehen davon, dass hier ein neuer Störfaktor für die Londoner Abrüstungsverhandlungen liegt. Ausgerechnet an dem Tage, an dem Stassen in London für die Westmächte vorgeschlagen hat, die Atom-Versuchs-Explosionen auszusetzen und ab einem gewissen Zeitpunkt die Produktion von atomaren Waffen einzustellen, hat der Bundeskanzler durch sein Veto sich den Weg freihalten wollen, dass auch in der Bundesrepublik dieses grauenhafte Kriegsmaterial produziert wird. Der gleiche Bundeskanzler, der noch vor wenigen Tagen seine Friedensliebe und den Willen zur Abrüstung beschworen hat. Schändlicher kann man das deutsche Volk nicht täuschen.

Die Situation von Dienstag kann höchstens verglichen werden mit

dem Zeitpunkt, an dem Dr. Adenauer ohne Parlaments- und Regierungsbeschluss die Aufrüstung der Bundesrepublik anbot. Damals wurde die Weiche gestellt, Der Zug rollte seitdem eine Strecke, die uns der Sicherheit und der Wiedervereinigung nicht nähergebracht hatte. Dienstag wurde eine zweite Weiche gestellt, die in eine Politik des Wahnsinns und des Selbstmordes hineinführen kann. Nur hat sich Adenauer im Gegensatz zum damaligen einsamen Beschluss 44 Abgeordneter bedient, die in ihrer Mehrheit nach ihrer bisherigen Tätigkeit im Bundestag offensichtlich gar nicht ermessen konnten, welches Spiel der Kanzler mit ihnen und ihrer Enthaltung getrieben hat.

Am 15. September 1957 aber sind Wähler. Das deutsche Volk entscheidet also, ob der Zug tatsächlich in diese Richtung abfährt. Wenn Teile des deutschen Volkes bisher nicht klar erkennen konnten, wohin die Reise mit Dr. Adenauer geht, müssen sie es seit Dienstag wissen, dass sie mit dem atomaren Kanzler sich von Frieden und der Wiedervereinigung immer weiter entfernen.

* * *

Gaitskell: Vereinte Nationen stärken

G.M. - Wien

Ihren ersten Höhepunkt erreichte die Konferenz der Sozialistischen Internationale am Mittwochvormittag mit den Referaten des britischen Oppositionsführers Gaitskell und des deutschen Oppositionsführers Ollenhauer, die beide das Problem der Abrüstung in Verbindung mit der notwendigen Überwindung der Spaltung Deutschlands und damit auch Europas behandelten (Auszüge aus dem Referat Ollenhauer werden wir in der morgigen Ausgabe veröffentlichen. D.Red.)

Gaitskell stellte sehr deutlich heraus, dass auch ein Beschluss über die sofortige Einstellung von Atomwaffenversuchen wesentlich zur Entspannung der politischen Atmosphäre beitragen würde. Selbstverständlich könne das internationale Entspannungsgespräch und die Verhandlung über die Abrüstung in ihrer Zielsetzung nicht auf politische Vereinbarungen verzichten. Es sei aber falsch, anzunehmen, dass politische Vereinbarungen als Vorbedingung für die Lösung technischer Abrüstungsprobleme unbedingt notwendig seien.

Das Problem der Abrüstung, so meinte Gaitskell, müsse in Verbindung

mit den noch zu lösenden politischen Problemen gebracht werden, ohne dass hierbei eine Rangordnung aufzustellen sei.

In seinen Darlegungen über die Möglichkeiten, die sich heute für die Überwindung der militärischen Blockbildung in Europa bieten, näherte sich Gaitskell dem bekannten sozialdemokratischen Standpunkt, der die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa mit der beiderseitigen Garantie der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zum Ziel hat.

Starke Beachtung fanden in diesem Zusammenhang die Bemerkungen Gaitskells über die Bedeutung der Vereinten Nationen, deren Prinzipien von den Sozialisten aller Nationen stets unterstützt werden müssten.

Zusammenfassend betonte Gaitskell, es sei die Frage zu erörtern, ob es nicht an der Zeit wäre, eine sozialistische Aussenpolitik auf internationaler Grundlage zu entwickeln. Hierbei müssten die Leitgedanken der Freiheit und Gleichheit die Grundlage einer sozialistischen Aussenpolitik sein. Der Freiheitsbegriff sei in der politischen Praxis auch dort anzuwenden, wo - wie in Asien und Afrika - neue Entwicklungen heranreifen, die die Förderung der sozialistischen Parteien verdienen.

Die grundsätzliche Übereinstimmung der Auffassungen Gaitskells und Ollenhauers wurde von der Konferenz und der stark vertretenen internationalen Presse sehr beachtet, weil anzunehmen ist, dass die von den beiden Oppositionsführern geäußerten Meinungen auch in den Resolutionen am Ende der Beratungen der Sozialistischen Internationale zum Ausdruck kommen werden.

* * *

Was stimmt nun eigentlich?

ler. Nach der Dortmunder Rede des Bundeskanzlers hatte die deutsche und die Weltöffentlichkeit den Eindruck, die Bundesregierung sei im Grundsatz mit der Schaffung einer europäischen Inspektionszone einverstanden. Noch am Montag dieser Woche hiess es, der Bonner ständige Beauftragte bei der NATO, Botschafter Blankenhorn, sei in diesem Sinne mit ausführlichen Instruktionen versehen worden. Nach Bonner Vorstellungen soll die europäische Inspektionszone das Gebiet von Portugal bis zum Ural umfassen, also praktisch ganz Kontinentaleuropa. Nicht wenige Stimmen erblickten in der Bonner Zustimmung einen überzeugenden Beweis für seinen Willen zur Entspannung und für seine Absicht, die delikaten Londoner

Abrüstungsverhandlungen nicht durch Extratouren zu stören.

Wie schnell sollte dieser Eindruck in Nichts zerrinnen! In den Instruktionen für Blankenhorn wurde die Inspektionszone gar nicht erwähnt, wie zuständige Informationsstellen der Bundesregierung verlauten liessen. Das Ganze sei auf einen durch die übermässige Hitze bedingten menschlichen Irrtum zurückzuführen... Bonner Wünsche beziehen sich, heisst es nun, auf andere Teile des Abrüstungskomplexes, nur nicht auf eine Inspektionszone. Für die Bundesregierung sei schon ein vorläufiger Stop der atomaren Versuche die oberste Grenze, ein Verbot der Atomwaffenherstellung selbst würde diese Grenze schon überschreiten, wie auch eventuelle Vereinbarungen über die Beschränkung konventioneller Waffen.

Es gibt in den Vereinigten Staaten - und auch in anderen Ländern - mächtige Kräfte, denen die Einstellung der Atomwaffenproduktion nicht behagt, die von einem unbeschränkten Wetttrüsten auf diesem selbstmörderischen Gebiet träumen, in der törichten Hoffnung, immer ein paar Nasenlängen vor der russischen Atomrüstung voraus zu sein. Bonner Wünsche, nicht auf Atomwaffenproduktion im Rahmen eines Abrüstungsabkommens zu verzichten, leisten diesen Kräften Vorschub, sie erschweren die ohnehin nicht leichte Stellung des amerikanischen Abrüstungsexperten Stassen. Schon fiel im Zusammenhang mit den Londoner Verhandlungen das Wort vom Bonner Störenfried und Saboteur. Die es aussprachen haben damit gewiss die Absicht, der Bonner Regierung im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsgespräche den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Bei der verwirrenden Vielfalt von Bonner Dementis, Erklärungen und Abschwächungsversuchen wird es immer unklarer, was denn die Bundesregierung selbst tun will, um, soweit es in ihrer Macht liegt, die Londoner Gespräche günstig zu beeinflussen. Kürzlich noch sagte Aussenminister von Brentano, ihm seien Pläne über die Schaffung einer europäischen Inspektionszone nicht bekannt, in Dortmund verkündete Adenauer seine Zustimmung und zwei Tage später erfährt eine staunende und verwirrte Öffentlichkeit, solche Pläne seien im Bonner Rezept nicht vorgesehen. Dieses frivole Spiel lässt sich nicht verantworten, bestimmt ist es dazu nicht angetan, uns Sympathien zu erwerben und die Glaubwürdigkeit Bonner Erklärungen zu erhöhen. Es muss, wie die Dinge liegen, sich hemmend auf den Gang der Londoner Abrüstungsverhandlungen auswirken; offensichtlich steht dahinter der Gedanke, sich den Weg für eine Einschaltung in das Atomwetttrüsten nicht zu verbauen. Wer darüber noch Zweifel hatte, wurde am Dienstag bei dem von Teilen der CDU herbeigeführten Scheitern des Atomgesetzes eines Besseren belehrt. Dieser schwarze Tag lässt keine anderen Deutungen zu.

Die Macht der Interessengruppen

sp. Zweimal in der Geschichte des deutschen Volkes hat sich der Einfluss grosser und finanzstarker Interessentengruppen als verhängnisvoll erwiesen. Es ist heute eine unbestreitbare historische Wahrheit, dass im ersten Weltkrieg Teile der deutschen Schwerindustrie durch ihre Annexionswünsche den Krieg verlängern halfen. Die berühmte Friedensentschliessung des damaligen Reichstages vom Dezember 1916 sah einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen vor, was gewissen Mächtigen der Wirtschaft nicht, sie unterstützten Ludendorff, weil sie hofften, die französischen und belgischen Kohlen- und Erzgruben nach einem siegreichen Ende des Krieges einheimen zu können. Die Geschichte entschied anders, aber Hunderttausende Soldaten des ersten Weltkrieges mussten mit ihrem Leben die Herrschaftswünsche dieses Grosskapitals bezahlen.

Heute will man in gewissen Kreisen die Rolle nicht wahrhaben, die Teile der deutschen Schwerindustrie bei der Finanzierung der NSDAP spielten. Das Buch des verstorbenen Thyssen: "Ich zahlte Hitler" war niemals im Buchhandel zu haben, es enthüllte die Kurzsichtigkeit mancher Industrieller an Rhein und Ruhr. Ohne deren Finanzhilfe an Hitlers Kassen wäre vielleicht dem deutschen Volk die Tragödie des zweiten Weltkrieges erspart geblieben.

Soll zum dritten Male der Einfluss mächtiger Interessentengruppen Weg und Lauf der deutschen Politik bestimmen?

Was sich am Dienstag im Parlament ereignete, ist schlechthin bestürzend. Das Auftauchen massgeblicher Vertreter der Industrie genügte, neben dem Druck Adenauers, um eine stattliche Anzahl von CDU-Abgeordneten gegen die Grundgesetzänderung stimmen zu lassen. Die deutsche Grossindustrie hat sich niemals mit dem Gedanken befreunden können, die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke von der öffentlichen Hand durchführen zu lassen. Sie vermutet in der Ausnutzung der Atomenergie eine gewaltige Gewinnquelle für die Zukunft, sie erstrebt hier eine Monopolstellung ohne Rücksicht auf die Folgen für die Allgemeinheit. Angeblich sollen diese Herren mit dem Entzug aller Wahlgelder an die CDU im Falle einer Änderung des Grundgesetzes, das starke Schranken gegen den Missbrauch der Atomenergie und starke Sicherungen für den Strahlenschutz gebracht hätte, gedroht haben. Vor dieser Drohung schreckten viele CDU-Abgeordnete zurück.

Seit Dienstag weiss die bundesrepublikanische Öffentlichkeit, über welche umheimliche politische Macht bestimmte Wirtschaftsgruppen verfügen - gewiss wird sie, wie das Scheitern des Atomgesetzes beweist, nicht zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt.

* * *

Wieder gegen allen Sachverstand

H.R. Am 2. Juli 1957 hat der Deutsche Bundestag mit knapper Mehrheit das vierte Kindergeldgesetz in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Die Kette der auf unmöglichen Konzeptionen der CDU/CSU entwickelten Kindergeldgesetze ist damit um ein weiteres Glied vermehrt worden, ohne dass die schon seit langem fällige Reform der Kindergeld-Gesetzgebung in der Bundesrepublik an Haupt und Gliedern durchgeführt wurde.

Zwar wurde jetzt das Kindergeld von 25.-- DM auf 30.-- DM erhöht und gewisse Erleichterungen bei der Mittelaufbringung beschlossen, die Unsinnigkeit aber, Kindergeldzahlungen als eine Angelegenheit der Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherung zu sehen und hierfür auch noch Sondersteuern zu erheben, ist nicht beseitigt worden. Bei Lage der Dinge am Ende der 2. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hätte man erwarten können, dass diesmal dem Sachverstand mehr Raum gegeben worden wäre, zumal ja der Bericht des Gesamtverbandes der Familienausgleichskassen die Mär, die Kindergeldgesetze hätten sich bewährt, grundsätzlich erschüttert hatte. Die CDU/CSU, die sich schon dreimal gegen eine fortschrittliche und sinnvolle Regelung wandte, hat bei der jetzt beschlossenen Regelung erneut unter Beweis gestellt, wie wenig sie geneigt ist, von Lösungen abzugehen, die sich als objektiv verfehlt erwiesen haben.

Charakteristisch für die Einstellung dieser Partei dürften aber wohl die Ausführungen des CDU-Abgeordneten H o r n sein, der verbindlich für seine Partei erklärte, man sei nicht geneigt, überhaupt in die Erörterung von Anträgen einzutreten und werde diese auch nicht weiter diskutieren. Beim ersten Kindergeldgesetz hiess es noch, man liesse sich auch durch grösseren Sachverstand nicht von der politischen Richtung abbringen, jetzt glaubt man sogar, sich leisten zu können, Anträge überhaupt nicht diskutieren zu brauchen. Ob die Herren von der CDU/CSU schon einmal darüber nachgedacht haben, warum und wozu nach der Assistenz-Arbeit durch die Ausschüsse die Geschäftsordnung des Bundestages ausdrücklich die Einbringung und Diskussion von Anträgen in 2. und 3. Lesung vorsieht? Glaubte die CDU/CSU sie braucht nicht anzuhören, was die Vertreter der anderen Parteien an Verbesserungsvorschlägen zu unterbreiten haben?

3. Juli 1957

Auf die Handhabung der Verträge wird es ankommen

Von Dr. Karl Mommer, MdB.

Die französische Nationalversammlung ist schon in der Beratung, die mit der Zustimmung zu den Verträgen über die Europäische Atom-Gemeinschaft und die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft enden soll. Wieviel schwerer diese Zustimmung Frankreich zu fallen scheint als der Bundesrepublik, drückt sich auch darin aus, dass die Nationalversammlung nicht weniger als 10 Sitzungen auf diese Debatte verwenden will. Der Bundestag wird sich am Freitag der gleichen Aufgabe widmen, und man glaubt, dass sie in weniger als einem Sitzungstag erledigt werden kann. In Frankreich rechnet man mit einer Mehrheit, die sogar ohne Stellung der Vertrauensfrage erreicht werden soll, im Bundestag ist es wahrscheinlich, dass die Verträge nur mit wenigen Gegenstimmen angenommen werden.

Sorgen der Vertragspartner

Nicht nur die Franzosen haben um ihrer selbst willen Sorgen mit diesen Verträgen. Die Vertragspartner haben Sorgen wegen der Franzosen, wegen des politischen und wirtschaftlichen Zustands, in dem Frankreich in diese neuen Gemeinschaften eintritt. Die Wirtschaftsgemeinschaft soll viel weitgehendere Ziele verwirklichen, als es im Rahmen der OEEC und der dort betriebenen Liberalisierung des europäischen Handels möglich war. Was aber geschieht wenige Wochen vor der Ratifikation der Verträge?

Frankreich sieht sich ausserstande, die erreichte Stufe der Liberalisierung der Einfuhren beizubehalten - es fällt zurück in frühe Stadien der Kontingentierung. Besonders in der Bundesrepublik mit dem vielfach etwas protzigen wirtschaftlichen Kraftbewusstsein fragt man sich, ob man mit einem so "schwachen" Partner ein so überaus schwieriges Unternehmen wie die Errichtung eines gemeinsamen Marktes beginnen könne. Dabei unterschätzt man die französischen Möglichkeiten erheblich. Die gegenwärtigen Krisenerscheinungen in Frankreich sind politischen Ursprungs, innenpolitische Hemmungen verhindern die Massnahmen, die zur Gesundung notwendig wären. Mit dem Eintritt in die Wirtschaftsgemeinschaft entsteht aber gerade eine Situation, in der die Überwindung dieser inneren Hemmungen leichter sein wird. Zwar kann Frankreich in

der Weltwirtschaftsgemeinschaft damit anfangen, Hilfs- und Aufschubklauseln für sich in Anspruch zu nehmen, diese Klauseln sind jedoch mit Auflagen versehen, durch die wichtige Entscheidungen, auch in der Währungspolitik, nicht mehr ausschliesslich Sache der französischen Regierung selbst bleiben. Von der Gemeinschaft her wird ein Druck ausgeübt, auf den man sich in Paris bei nötigen, aber unpopulären Massnahmen gelegentlich sogar gern berufen wird. In den dreissiger Jahren stand es für die Kritiker Frankreichs fest, dass seine Bevölkerungszahl langsam aber stetig zurückgehen werde. Wir haben das Gegenteil erlebt. Auch auf wirtschaftlichen Gebiet erscheint uns eine Wiederholung solchen Wiederaufstiegs wahrscheinlich.

Die Stellung der Überseegebiete

Die Einbeziehung der Überseegebiete, ohne die der Gemeinsame Markt jetzt nicht zustande gekommen wäre, ist und bleibt eine weitere Schwierigkeit, die insbesondere durch die französischen Gegebenheiten verursacht wird. Nähere Auseinandersetzungen mit dem Problem und dem konkreten Text der Verträge verringern allerdings die Befürchtungen - die man nicht nur in der Bundesrepublik hat - in eine europäisch getarnte neue Phase der Kolonialpolitik hineinzugeraten. Durch ihre finanziellen Beiträge und ihr damit verbundenes Stimmengewicht wird gerade die Bundesregierung auf die Entwicklung entscheidenden Einfluss nehmen können. Es kommt hinzu, dass nur für fünf Jahre Abmachungen getroffen wurden. Frankreich wird die Verlängerung wünschen und schon in Hinblick auf die Verlängerung in seiner Afrikapolitik auf die Gefühle der Lebenden Rücksicht nehmen müssen.

Im Augenblick der Ratifikationsdebatte in Frankreich scheint wider Erwarten der Euratom-Vertrag auf besonderen Widerstand zu stossen. Die Entwicklung Frankreichs zur Atomgrossmacht könnte durch die Atomgemeinschaft verhindert werden, meinen einige Verfechter der Grösse und der Souveränität der Nation. Man muss abwarten, wie stark der Einfluss dieser gefährlichen Romantiker ist. Eines steht fest: das Ratifikationsgesetz der Bundesrepublik ist jetzt so gefasst, dass es Rechtskraft nur erlangt, wenn in den Parlamenten der anderen Mitgliedstaaten beide Verträge ratifiziert worden sind.

Auf sozialdemokratischen Antrag wurde das Ratifikationsgesetz auch so gefasst, dass die Hinterlegung erst nach Abschluss der Beratung in den anderen Parlamenten erfolgt und so der Wiederholung früherer schlech-

ter Praktiken, bestehend in den Sonderwünschen des zuletzt Ratifizierenden, ein Riegel vorgeschoben ist.

Belastungsproben

Die Sozialdemokratie hatte sich schon vor Jahren zu den Grundgedanken der beiden Verträge bekannt und durch Mitwirkung in dem Monnet-Komitee ihr Zustandekommen gefördert. Die Texte jedoch, die durch die Bundesregierung ausgehandelt wurden, enthalten Bestimmungen, die für unseren guten Willen Belastungsproben bedeuten. Wir glauben aber, dass die befürchteten Folgen nicht eintreten müssen. Die Auffüllung des sehr weitmaschigen Netzes der Bestimmungen der Verträge durch die tatsächliche Politik in der Gemeinschaft wird entscheidend sein.

Das gilt für die Gefahr eines neuen Kolonialismus, für Rückwirkungen auf die Politik der Wiedervereinigung und für die mangelnde parlamentarische Kontrolle der auf die Organe der Gemeinschaft übertragenen Macht. Zugunsten einer verbesserten parlamentarischen Kontrolle hat schon durch Ergänzungen des Ratifikationsgesetzes einiges getan werden können. Das Parlament der Montanunion hat es verstanden, trotz noch schlechterer Vertragsbestimmungen die Hohe Behörde in Luxemburg unter seinen Einfluss zu bringen. Es bleibt aber noch viel zu tun, bis die Gefahr einer selbstherrlich regierenden Technokratie und Bürokratie in den Gemeinschaften ganz gebannt sein wird.

Auf die Handhabung der Verträge wird es ankommen. Unter den Sozialisten der sechs Teilnehmerstaaten herrscht über die Entwicklungsrichtung fast vollständiges Einvernehmen. Welche Politik jedoch von dem gewichtigen Mitgliedstaat Bundesrepublik Deutschland in den Organen der Gemeinschaft gemacht werden wird, wird von den "Richtlinien der Politik" abhängen, die der nächste Bundeskanzler geben wird.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler